

Neudruck

Antrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Brandenburg stärken

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, um die Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) mit Personal zu verbessern.

Als Grundlage für die weitergehenden Maßnahmen soll dem Landtag bis zum III. Quartal 2016 ein Bericht vorgelegt werden, der die Entwicklung der Situation im Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg seit dem Jahr 2005 darstellt.

Der Bericht soll als Fazit einen Stufenplan enthalten, wie bis zum Ende der Wahlperiode zu einer ausreichenden Personalausstattung und zu einer auskömmlichen Finanzierung beigetragen werden kann.

Darüber hinaus sind Gespräche mit der Charité und/oder der Medizinischen Hochschule Theodor Fontane zu führen, um auszuloten, wie die wissenschaftliche Verankerung des ÖGD bereits während des Studiums ermöglicht werden kann. Die Möglichkeit einer Facharztausbildung muss insbesondere für die Leiter der Gesundheitsämter geprüft werden.

Begründung:

Der Öffentliche Gesundheitsdienst hat als dritte Säule der gesundheitlichen Versorgung wichtige Aufgaben zu erfüllen, die dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung dienen. Die Mitarbeiter im Öffentlichen Gesundheitsdienst nehmen Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung und Schaffung gesunder Lebensbedingungen wahr. Von besonderer Bedeutung ist die Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz, der Einhaltung von Hygienevorschriften und dem umweltbezogenen Gesundheitsschutz. Die Aufgaben reichen von Impfungen und Impfberatung, dem schul-, kinder-, jugend- und zahnärztlichen Dienst, der Schwangeren- und Mütterberatung, Kontrollfunktionen im Bereich der Krankenhaus-, Umwelt- und Infektionshygiene, Beratung und Hilfsangeboten für psychisch Kranke über die regelmäßige Erstellung von amtsärztlichen Gutachten und Zeugnissen bis hin zur Mitwirkung an der Gesundheitsberichterstattung.

Durch die große Zahl an Flüchtlingen ist der ÖGD derzeit zusätzlich gefordert – beispielsweise im Zusammenhang mit der Durchführung der notwendigen

Schutzimpfungen. Bereits im Juni 2014 hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage ausgeführt, dass in den nächsten drei bis fünf Jahren 33 Stellen nachbesetzt werden müssen, aber lediglich 7 Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern die Weiterbildung zur Fachärztin/ zum Facharzt für das Öffentliche Gesundheitswesen absolvieren.

Positiv ist, dass im Rahmen der Änderung der Approbationsordnung für Ärzte das Thema „Öffentliches Gesundheitswesen“ bei der Zulassung zur zweiten ärztlichen Prüfung in die Querschnittsbereiche aufgenommen wurde, in denen Leistungsnachweise zu erbringen sind. Neben einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit bei Ärztinnen und Ärzten und auch während des Medizinstudiums, um Studentinnen und Studenten durch Einblicke - beispielsweise in Form von Praktika - für eine Tätigkeit im ÖGD zu gewinnen, müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Das ist auch vor dem Hintergrund des Gehaltsgefälles zwischen dem Öffentlichen Dienst und dem sonstigen medizinischen Personal notwendig.

Vor dem Hintergrund der personellen Situation und den zunehmenden Aufgaben ist es dringend geboten, landesseitig alles zu unternehmen, um den ÖGD zu stärken und möglichst viele Mediziner zu gewinnen, die im Öffentlichen Gesundheitsdienst arbeiten möchten.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN